

## 2007: Zuwenig Erhöhung für Pensionisten

Um nur 1,6 Prozent oder maximal 30,72 Euro sollen die Pensionen 2007 erhöht werden. Eine KPÖ-Initiative für eine größere Erhöhung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Ein Raubzug gegen den Lebensstandard der älteren Generation ist geplant: Die Pensionen sollen 2007 unter der Teuerungsrate um nur 1,6 % oder maximal 30,72 Euro erhöht werden! Heuer waren die Pensionen immerhin um 2,3 % angehoben worden. Im Gegensatz dazu warten auf Wolfgang Schüssel, Elisabeth Gehrler und Co Pensionen in der Höhe von 12.000 Euro! Für die KPÖ ist das ein Hohn gegenüber den Pensionisten. Ein dringlicher Antrag der KPÖ nach einer größeren Erhöhung wurde vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

„Die geplante Pensionserhöhung liegt weit unter der Inflationsrate, während es bei Grundnahrungsmitteln und beim Wohnen kräftige Preissteigerungen gibt“, kritisiert der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder. „Ich sehe in meiner täglichen Arbeit, wie schwer es für viele ältere Menschen ist, mit dem Geld auszukommen. Allein die Mieten sind in den vergangenen Jahren stark gestiegen: Von 2001 bis 2005 um 16 Prozent und damit doppelt so stark wie die Inflationsrate“, ergänzt Wohnungsstadträtin Elke Kahr.

# GRAZER ALTPOLITIKER KÖNNEN NICHT GENUG Bei Politgehalt ist Schluss

Trotz Pensionen von bis zu 14.000 Euro pro Monat wollen Altpolitiker nun nicht einmal den Mini-Solidarbeitrag zahlen, den es seit 2004 gibt. Die Stadt weist Protest ab, nun droht die nächste Klage.

Da bleibt einem glatt die Spucke weg: Bis zu 14.000 Euro pro Monat bekommt so mancher Grazer Altpolitiker als Bruttopension. Kein Wunder, dass Stadt und Land Probleme mit dem Bezahlen der Pensionen haben. Im Oktober 2004 hat das Land den „Solidarbeitrag“ eingeführt. 4,7 bis 11,7 Prozent der Politikerpension macht er aus – je nach Höhe des Anspruches. Dazu kommen 3,3 Prozent zur Pensionssicherung. Diese insgesamt maximal 15 Prozent wollen einige Grazer Altpolitiker nun per Gericht zu Fall bringen.

### Kaltenegger: Es geht auch ganz anders

Das ein Politikeramt nicht mit Abkassieren verbunden sein muss, zeigt der Chef des KPÖ-Landtagsklubs Ernest Kaltenegger:

Er hat auf die ihm zustehende Politiker-Abfertigung als Gemeinderat von 25.000 Euro zu Gunsten der Stadt ebenso verzichtet wie auf alle Ansprüche aus seiner Stadtratszeit. Er bekommt lediglich den gesetzlichen ASVG-Betrag. Diesen hat die Stadt unlängst bezahlt, was von einem Gratisblatt völlig missverständlich dargestellt wurde.



War es bislang der Ex-FPÖ-Bürgermeister Alexander Götz, der um jeden Cent im prallen Börsel kämpfte, so sind es nun zwei Ex-SPÖ-Politiker, die nicht genug bekommen können, wie die Zeitung „Österreich“ unlängst meldete. Sie haben die Solidarabgabe beeinsprucht – im Rathaus geht man von einem Rechtsstreit bis zum Höchstgericht aus, denn die Berufungskommission hat das Ansinnen der Altpolitiker abgelehnt.

Die Stadt hat mit ihren Altpolitikern immer wieder Ärger. Besonders tat sich der bislang einzige FPÖ-Bürgermeister Alexander Götz hervor. Götz bekommt eine 14.000-Euro-Bombenpension, die schon 1984 im Rahmen einer Bezügereform von damals rund 13.000 Euro auf 8.700 Euro pro Monat gekappt werden sollte. Götz ging vor Gericht, die Stadt musste 1,5 Millionen Euro

an Altpolitiker nachzahlen; 560.000 Euro gingen an den FPÖ-Senior.

### Ansehen von Leichenwäschern

„Götz hat einmal behauptet, dass die Politiker das Ansehen von Leichenwäschern im Mittelalter hätten. Er selbst leistet einen großen Beitrag dazu, dass ihr Ansehen weiter sinkt“, meinte

### RIESENPENSIONEN

A. Götz (FP): 14.000 Euro  
Alfred Stingl (SP): 8.900 Euro  
Karl Stoiser (SP): 7.890 Euro;  
Alfred Edler (SP): 7.600 Euro;  
Helmut Strobl (VP), Karl L. Scherer, Ferdinand Sapper (SP): 6.800 Euro;  
Norbert Matzka (FP): 6.100 Euro;  
Franz Kaufmann (VP): 5.980 Euro;  
Walter Gotschacher (SP): 5.760 Euro;  
Ruth Feldgrill (FP): 4.800 Euro.  
Alles brutto pro Monat.